

Liberales und Frieden. Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2018

Veranstalter: Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach; Forschungsstelle Weimarer Republik, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Weimarer Republik e.V., Weimar

Datum, Ort: 29.10.2018 - 31.10.2018, Jena

Bericht von: Hendrik Malte Wenk, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Technische Universität Dresden

„Gott hat den Frieden geschlossen, aber wir als Historiker müssen tiefer gehen!“, so lautete das eindringliche Fazit von ANUSCHKA TISCHER (Würzburg) in ihrem Abendvortrag über die Rezeption des Westfälischen Friedens in der liberalen Geschichtsschreibung, mit dem sie das jüngste Kolloquium zur Liberalismus-Forschung eröffnete. Unter reger Beteiligung zahlreicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurde dabei anhand von insgesamt 14 thematisch sehr breitgefächerten Vorträgen über die zum Teil recht widersprüchlichen Einstellungen von Liberalen zur Friedensfrage während des 19. und 20. Jahrhunderts debattiert.

Das erste, von EWALD GROTHE (Gummersbach / Wuppertal) moderierte, Podium befasste sich mit konzeptionellen, speziell politikwissenschaftlichen Zugängen zur Tagungsthematik. ANDREAS BRAUNE (Jena) sprach darüber, wie die Friedensfrage in der liberalen politischen Philosophie erörtert wurde. Deren Vertreter – von Immanuel Kant bis John Rawls – stimmten in der Grundannahme überein, dass republikanische Staaten beziehungsweise liberale Völker ein grundsätzliches Bedürfnis nach politischer und wirtschaftlicher Kooperation auf internationaler Ebene hegten und daher tendenziell friedfertig seien.

RAFAEL BIERMANN (Jena) gab eine Einführung in die (neo-)liberale Theorie der internationalen Beziehungen, welche die Außenpolitik beziehungsweise Kriegsneigung von Staaten mittels Blick auf deren innenpolitische Verfasstheit zu erklären suche. Vor diesem Hintergrund halte das von den Vertretern der klassischen liberalen Schule verfochtene Theorem des Demokratischen Friedens einer

empirischen Überprüfung nur insofern stand, als Demokratien zwar kaum Kriege miteinander führten, wohl aber gegen Autokratien.

„Liberales und Frieden bis 1918“ lautete der Titel des zweiten Podiums, das von Andreas Braune moderiert wurde. ULF MORGENSTERN (Friedrichsruh) ging auf das ambivalente Verhältnis der deutschen Liberalen zu Otto von Bismarcks Reichseinigungspolitik und den damit einhergehenden Friedensschlüssen ein. Seine Ausführungen illustrierte er am Beispiel von Theodor Mommsen, der sich im Zuge des Schleswig-Holstein-Konflikts von 1863/64 vom entschiedenen Gegner Bismarcks zu dessen Fürsprecher gewandelt habe. Mommsen bezeichnete Bismarck als „deutschen Cavour“ – eine Referenz auf den Wegbereiter der italienischen Nationalstaatsgründung – und machte ihn so unter seinen Gesinnungsgenossen salonfähig. Angesichts der fortschreitenden Entfernung von den „Ideen von 1848“ und anderen „Folgekrankheiten des Einheitsfanatismus“ in den 1870er-Jahren rückte er aber letztlich wieder von seiner pro-bismarckschen Position ab.

Die Gewichtung von Krieg und Frieden in der Politik des britischen Liberalen William E. Gladstone wurde von JÜRGEN PETER SCHMIED (Bonn / Rhöndorf) beleuchtet. Gladstone habe sich in seiner Frühzeit als Oppositionspolitiker durch stark moralisierende Ansprüche, wie etwa die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, den Ruf eines „Mannes des Friedens“ erworben. Später als Regierungsvertreter sei er jedoch keineswegs ein Pazifist gewesen. Das würden nicht zuletzt seine Billigung des Ausbaus der Flottenstützpunkte als amtierender Schatzkanzler im zweiten Kabinett Palmerston (1859–1865) oder die kriegerische Ägyptenpolitik während seiner zweiten Amtszeit als Premierminister (1880–1885) verdeutlichen.

JÜRGEN FRÖLICH (Gummersbach / Bonn) widmete sich den wechselnden Friedensvorstellungen im politischen Denken von Friedrich Naumann. In der Beziehung war dieser zunächst „ganz Kind seiner Zeit“. Das heißt, er vertrat die im deutschen Bürgertum um die Wende zum 20. Jahrhundert weit verbreiteten imperialistischen und sozialdarwinistischen Einstellungen. Dementsprechend habe er auch die wil-

helminische Flotten- und Kolonialpolitik befürwortet – eine Position, die er nach dem russisch-japanischen Krieg und der „Daily-Telegraph-Affäre“ aufgab. Seine Pläne für eine stabile friedliche Nachkriegsordnung hatte er in seinem *Mitteleuropa*-Buch (1915) entwickelt, die aber von der Realität überholt worden waren. Nachdem auch seine Hoffnungen, zumindest einen Verständigungsfrieden zu erzielen, enttäuscht wurden, sei er schließlich als vehementer Gegner des „Pariser Gewaltfriedens“ wieder zu seinen ursprünglichen Ansichten zurückgekehrt.

Das dritte Podium, moderiert von JOACHIM SCHOLTYSECK (Bonn), weitete den Fokus auf die Einstellungen von Liberalen zur Friedensfrage in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen aus. MICHAEL DREYER (Jena) nahm die Delegierten der Deutschen Demokratischen Partei während der Pariser Friedenskonferenz in den Blick, insbesondere Ulrich Brockdorff-Rantzau. Der habe die Anweisungen seiner Regierung ignoriert und den Artikel 231 des Friedensvertrags (Kriegsschuld) zum Mittelpunkt der Auseinandersetzung des Friedensschlusses gemacht. Zwar hätten die Entente-Mächte an der Kriegsschuld Deutschlands keine Zweifel gehegt, dennoch sei der besagte Artikel bis dato keinesfalls das Zentrum der Verhandlungen gewesen. Dazu wurde er, laut Dreyer, erst von Brockdorff-Rantzau „Symbolpolitik“ gemacht, die ihren Ausdruck in einem Notenkrieg fand.

Mit einem kräftigen Zitat betitelte WOLFGANG MICHALKA (Heidelberg) seinen Vortrag über Walther Rathenau: „Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“ Kräftig, weil eben dieser Vorwurf der Unterwerfung, des Verrats am Deutschen Volk, maßgeblicher Grund für die Ermordung dieses liberalen Politikers war. Wie Michalka herausstellte, wünschte Rathenau schon während des Weltkrieges eine Verständigung mit Frankreich. Die wollte er 1917 als Ausgangsbasis für innenpolitische Reformen im Kaiserreich nutzen. Die Anregung zur Gründung eines Völkerbundes machte ihn dann endgültig zur Unperson in Deutschland. Als Minister im Kabinett Wirth machte er sich daran, die Reparationsproblematik Stück für Stück zu

lindern; beispielsweise, indem er sie in die Wirtschaftspolitik auslagerte. Darüber hinaus setzte er sich maßgeblich für den Vertrag von Rapallo mit der Sowjetunion ein. Dennoch hielt Michalka fest, dass die Verständigungspolitik Rathenau eindeutig gen Westen orientiert war.

Weitaus zwiespältiger war die Haltung Gustav Stresemans zum Frieden, wie CHRISTIANE SCHEIDEMANN (Berlin) darlegte. Für ihn sei Krieg stets eine Option gewesen, um deutsche Interessen zu wahren. Dieser immer präsente Bellizismus radikalisierte sich im Ersten Weltkrieg endgültig. Stresemann war ein prominenter Befürworter des Siegfriedens, das letzte Kriegsende wurde für ihn entsprechend zu einem traumatischen Erlebnis. Stresemanns Wandlung zum Realpolitiker und Vernunftrepublikaner als Kanzler und Außenminister, der auf Grundlage des Versailler Vertrages Verständigungspolitik betreiben wollte, stehe dazu im Kontrast. Scheidemann machte in ihrem Vortrag deutlich, dass Stresemann seit 1923 der bedeutendste Aktivposten der Weimarer Republik war. Der „ökonomische Moment“ war immer zentral in dessen Außenpolitik. Dabei vergaß Stresemann aber nie das französische Sicherheitsbedürfnis. Somit habe er die Friedenssicherung mit der Wahrung Deutschlands nationaler Interessen verbunden.

MANUEL LIMBACH (Koblenz) legte in seinem Vortrag über den bürgerlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus den Fokus auf den konservativ-liberalen „Speer-Kreis“ und die „Robinsohn-Strassmann-Gruppe“. Die Friedensvorstellungen innerhalb des „Speer-Kreises“ waren verschieden, kamen aber darin überein, dass der „Unfrieden“ durch den Versailler-Vertrag revidiert werden müsse. Das Münchener-Abkommen und der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich seien durchaus begrüßt worden. Auch wenn es bezüglich des Speer-Kreises Überlieferungsprobleme gebe, so ließen sich doch Vorstellungen im Geiste großdeutscher Ideen konstatieren – ganz ähnlich, wie sie Friedrich Naumann 1915 formulierte. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe lehnte ebenfalls Reparationsforderungen ab und strebte ein Deutschland in den Grenzen von 1938 an. Zugleich wünschten sie sich eine europäi-

sche Staatenkonföderation ohne deutschen Führungsanspruch und waren sogar zur Anerkennung eines polnischen Staates bereit, wie Limbach herausstellte.

Im Rahmen einer abendlichen Festveranstaltung am Rande des Kolloquiums machte ECKART CONZE (Marburg) nicht nur auf die langfristigen Folgen und Rezeptionen des Versailler Vertrages aufmerksam, sondern es gelang ihm auch, anhand des Streits um die Shadong-Halbinsel, die globale Wirkung des Friedensschlusses aufzuzeigen. 1919 sei nicht das Ende des Imperialismus gewesen, sondern das Jahr seiner größten Ausdehnung. Trotzdem bot der Friedensvertrag Chancen. Denn obwohl er bis 1932 einen dauernden Streitpunkt zwischen Siegern und Besiegten darstellte, ließe sich eine Flexibilität nicht leugnen, wie die Reparationen zeigten. Die konnten bereits nach einigen Jahren neu verhandelt werden, was die negative Rezeption allerdings nicht verhinderte. In Deutschland sei durch Versailles die Burgfriedenmentalität verlängert und die Weimarer Republik mit einer Hypothek belastet worden. Später habe der Vertrag damit sogar als eine Art Entschuldigung für den Nationalsozialismus gedient – mit dem Argument, dass jener durch den Vertrag erst maßgeblich möglich wurde. Bis heute, so Conze, wird der Versailler Vertrag genutzt, um deutsches Großmachtstreben entweder zu begründen oder dagegen zu argumentieren.

Anschließend wurde Matthias Oppermann (Potsdam / Berlin) mit dem zum 53. Mal verliehenen Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung ausgezeichnet. Er erhielt ihn für seine geschichtswissenschaftliche Habilitationsschrift *Triumph der Mitte. Die Mäßigung der Old Whigs und der Aufstieg des britischen Liberalismus, 1750–1850*. In ihrer Laudatio begründete die Kuratorin ANNE CHRISTINE NAGEL (Gießen / Hagen) die Preisvergabe: Oppermann habe mit seiner sehr gut durchdachten, fleißig recherchierten und überzeugend durchgeführten Studie über die Entstehung und den Wandel des liberalkonservativen Whiggismus einen „ungewöhnlich reifen Beitrag“ zur politischen Kultur Großbritanniens im 18. und 19. Jahrhundert vorgelegt, dessen wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn kaum überschätzt

werden könne.

„Liberaler Friedenskonzepte nach 1945“ bildeten den Schwerpunkt des letzten Podiums, das von Anne Christine Nagel moderiert wurde. Der erste Vortrag dieses Podiums, gehalten von OLIVER BANGE (Potsdam / Berlin), konzentrierte sich auf die Entspannungs- und Deutschlandpolitik der FDP 1962 und 1967. Im Mittelpunkt standen dabei die dazugehörigen Initiativen von Wolfgang Schollwer. Der wollte das bisherige Ziel der Wiedervereinigung beibehalten, aber einen neuen Weg dorthin einschlagen. Die Idee sei gewesen, die durch den Ost-West-Konflikt bedingte vertiefte Trennung beider deutscher Staaten durch eine „Verklammerung“ derselben zu überwinden. Obwohl der Vorstand der FDP die Pläne 1967 ablehnte und sie auch in der restlichen deutschen Öffentlichkeit seinerzeit nicht mehrheitsfähig waren, blieben Schollwers Vorstellungen doch präsent. Denn bedingt durch die faktische Koexistenz stellte sich stets die Frage nach einem „entkrampften“ Verhältnis zur DDR. Auf diese Frage habe Schollwer mit seinem „Verzahnungsansatz“ – durch den internationale Normen mittels Interdependenzen durchgesetzt werden sollten – eine Antwort gegeben.

TIM GEIGER (Berlin) behandelte in seinem Vortrag eine FDP der 1950er- und 1960er-Jahre, die „innerlich zerrissen“ war. Dies konnte er sehr anschaulich herausstellen, indem er darlegte, wie sich diese Zerrissenheit in der liberalen Politik bezüglich der Deutschen Frage widerspiegelte. Diese Politik war nämlich keineswegs linear, sondern durchlief laut Geiger drei verschiedene Phasen: Erstens, die Bündniszeit mit der CDU und der Einigkeit zur Westorientierung und Antikommunismus an der Seite Adenauers. Zweitens, dem Primat der Deutschland- und Ostpolitik, welche die Schließung des Ostbüros der FDP und den Abschluss der Römischen Verträge beinhalteten. Und drittens, die Entspannungspolitik durch die Schollwer-Pläne und Mendes „Politik der kleinen Schritte“, die eine Annäherung zur Sozialliberalen-Koalition in die Wege leiteten.

Im letzten Vortrag referierte MATTHIAS OPPERMANN (Potsdam / Berlin) über die Friedensvorstellungen Raymond Arons. Die waren, wie er konstatierte, überaus flexibel.

Dies sei auf Arons Erfahrungen in den 1930er-Jahren zurückzuführen. 1939 wagte sich Aron mit seinen Thesen zu den totalitären Diktaturen vor, welche die Demokratien zersetzen würden. Daher habe er eindringlich vor einer „Hitlerisierung“ Frankreichs gewarnt, ging nach der Besetzung Frankreichs ins Londoner Exil und vertrat auch in der Nachkriegszeit einen klar anti-totalitären Standpunkt. So sei er beispielsweise der Meinung gewesen, dass ein Staat wie die Sowjetunion sich nicht wandeln könne, da er durch eine „säkulare Religion“ getrieben sei. Stalin sei dabei in die Fußstapfen Hitlers getreten. Aron habe sich dabei immer intensiv mit der Friedensfrage beschäftigt, pazifistische Positionen seien aber durch seine Erfahrungen mit der Geschichte „geheilt“ worden.

Als Fazit der Tagung lässt sich festhalten, dass die Friedensvorstellungen liberaler Denker und Politiker stets unterschiedlich waren und stark mit den jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten korrespondierten. Dies schien sowohl in den jeweiligen Panel-Diskussionen als auch in der Abschlussdiskussion durch. Damit zeigte sich, dass der im Eingangs-Panel vorgestellte (neo-)liberale Ansatz der Internationalen Beziehungen mit seiner „Black-Box“ – also der Berücksichtigung innenpolitischer Vorgänge – sehr fruchtbar war, um das Denken und Handeln führender Liberaler in der Friedensfrage zu verstehen. Diese Beobachtung zieht sich über Mommsens Beurteilungen Bismarcks, die deutsche Rezeption des Versailler Vertrages bis hin zu der Konfrontation mit den „totalitären Diktaturen“ bei Aron und dem letztendlichen Versuch, eine Koexistenz mit den realexistierenden sozialistischen Staaten durch eine „Verklammerung“ einzuleiten.

Konferenzübersicht:

Michael Dreyer (Jena) / Ewald Grothe (Gummersbach / Wuppertal): Begrüßung

Abendvortrag

Anuschka Tischer (Würzburg): Stimmen aus dem deutschen Liberalismus zum Westfälischen Frieden im Kontext seiner allgemeinen Rezeptionsgeschichte

1. Podium: Liberalismus und Frieden – Konzeptionelle Zugänge

Moderation: Ewald Grothe (Gummersbach / Wuppertal)

Andreas Braune (Jena): Die Friedensfrage in der liberalen politischen Philosophie

Rafael Biermann (Jena): Die liberale Schule der Internationalen Beziehungen. „Demokratischer Frieden“ zwischen Ideal und Wirklichkeit

2. Podium: Liberale und Frieden bis 1918

Moderation: Andreas Braune (Jena)

Ulf Morgenstern (Friedrichsruh): Bismarcks Friedensschlüsse und die Liberalen

Jürgen Peter Schmied (Bonn / Rhöndorf): Krieg und Frieden bei William E. Gladstone

Jürgen Frölich (Gummersbach / Bonn): „Eine Politik der Linken wird immer eine Politik des Friedens sein.“ Friedrich Naumanns Friedenskonzepte

3. Podium: Liberale und Frieden zwischen den Weltkriegen

Moderation: Joachim Scholtyseck (Bonn)

Michael Dreyer (Jena): Hugo Preuss, die neuen liberalen Parteien und Versailles

Wolfgang Michalka (Heidelberg): „Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung!“ – Walther Rathenau und der Friede

Christiane Scheidemann (Berlin): Gustav Stresemann und der Frieden. Zwischen nationaler Machtpolitik und europäischer Friedenspolitik.

Manuel Limbach (Koblenz): „Anständig“ und „dauernd“. Friedensvorstellungen im bürgerlichen Widerstand gegen Hitler

Öffentlicher Festvortrag

Eckart Conze (Marburg): Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt

Verleihung des Wolf-Erich-Kellner-Preises 2018

4. Podium: Liberale Friedenskonzepte nach 1945

Moderation: Anne Christine Nagel (Gießen / Hagen)

Tim Geiger (Berlin): Frieden im Kalten Krieg. Zur Außenpolitik der FDP in den 1950/60er-

Jahren

Matthias Oppermann (Potsdam / Berlin): Lieber Krieg als Knechtschaft. Der Zusammenhang von Freiheit und Frieden bei Raymond Aron

Elke Seefried (München / Augsburg): Liberale Wurzeln der Friedensforschung? Peter Menke-Glückert und die Formierung der Friedensforschung in der Bundesrepublik (angekündigt)

Oliver Bange (Potsdam / Berlin): Wolfgang Schollwer und die Neue Ostpolitik. Entspannungspolitik und Friedenssicherung aus liberaler Sicht

Abschlussdiskussion: Frieden und Freiheit in einer multipolaren Welt

Tagungsbericht *Liberales und Frieden. Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2018*. 29.10.2018 - 31.10.2018, Jena, in: H-Soz-Kult 24.04.2019.